

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Rat - öffentlich

Sitzungstermin: Dienstag, 21.02.2006

**Raum: Genossenschaftsakademie Weser-Ems, Oldenburger Straße 118, 26180
Rastede**

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 19:06 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ratsvorsitzender

Herr Walter Steinhausen CDU

ordentliche Mitglieder

Herr Bürgermeister Dieter Decker CDU

Herr 1. stv. BM Dieter von Essen CDU

Frau 2. stv. BM Friedegund Reiners CDU

Herr Dieter Ahlers CDU

Herr Walter Backhaus CDU

Herr Matthias Decker CDU

Herr Hans-Hermann Denker CDU

Herr Hans-Gerold Finkeisen CDU

Frau Doris Kley CDU

Herr Alfons Langfermann CDU

Herr Hans-Dieter Röben CDU

Herr Wolfgang Salhofen CDU

Herr Uwe Tensfeldt CDU

Herr Wilfried Wefer CDU

Herr Torsten Wilters CDU

Frau Evelyn Fisbeck FDP

Herr Jürgen Haake FDP

Herr Hans-Gerd Borchers SPD

Frau Hannelore Druivenga SPD

Herr Dieter Güttler SPD

Frau Sabine Koopmann SPD

Herr Rüdiger Kramer SPD

Herr Lars Krause SPD

Herr Horst Segebade SPD

Frau Monika Sager-Gertje SPD

Herr Hans-Hermann Schlange SPD

Herr Werner Skirde SPD

Frau Marie-Luise Weber SPD

Herr Gerd Langhorst B90/Grüne

Frau Inge Langhorst B90/Grüne

Herr Egon Düser UWG

Herr Rainer Zörgiebel UWG

Ehrenratsmitglieder

Herr Gerd Meister SPD

Verwaltung

Herr Günther Henkel
Herr Hans-Hermann Ammermann
Herr Frank Dudek
Herr Fritz Sundermann
Herr Ralf Kobbe
Herr Georg Sandkuhl
Frau Hanna Binnewies

Protokoll
Technik
Gleichstellungsbeauftragte

Gäste

Frau Britta Lübbers von der Rasteder Rundschau
Herr Wolfgang Müller von der Nordwest-Zeitung Rastede
sowie 6 weitere Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Herr Klaus Duddeck CDU

Ehrenratsmitglieder

Frau Marianne Essen, von CDU

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.12.2005
- 4 4. Änderung Bebauungsplan Nr. 60 - Rastede Ortskern
Vorlage: 2005/266
- 5 Abgrenzung der Wahlbereiche für die Kommunalwahl 2006
Vorlage: 2006/022A
- 6 Erlass einer Verordnung über die Freigabe verkaufsoffener Sonntage nach dem Ladenschlussgesetz
Vorlage: 2006/025A
- 7 Neues Kommunales Haushaltsrecht; Zeitpunkt der Einführung
Vorlage: 2005/400B
- 8 Haushalt 2005 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben
Vorlage: 2006/012
- 9 Darlehensaufnahmen aus der Kreisschulbaukasse
Vorlage: 2006/019
- 10 Haushalt 2006 - Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan
Vorlage: 2005/186B
- 11 Bericht des Bürgermeisters
- 12 Schließung der Sitzung
- 13 Einwohnerfragestunde

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ratsvorsitzende Herr Steinhausen eröffnet die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 17:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Sitzungsverlauf:

Der Ratsvorsitzende Herr Steinhausen stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 33 stimmberechtigte Mitglieder.

Der Rat beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.12.2005

Der Rat beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates vom 13.12.2005 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

4. Änderung Bebauungsplan Nr. 60 - Rastede Ortskern
Vorlage: 2005/266

Sitzungsverlauf:

Herr Finkeisen und Herr Schlange begrüßen, dass es der Verwaltung in den Nachverhandlungen mit dem Investor gelungen ist, die Anbindung des Plangebiets an die Oldenburger Straße durch eine Fuß-/Radwegverbindung im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages zu regeln.

Beschluss:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung und der erneuten öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Anregungen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage, sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 12.12.2005 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 60 – Rastede Ortskern (Teilbereich Oldenburger Straße) nebst Begründung wird als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 33
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 5

Abgrenzung der Wahlbereiche für die Kommunalwahl 2006
Vorlage: 2006/022A

Sitzungsverlauf:

Herr Finkeisen und Herr Kramer sprechen sich für die vorgesehene geringfügige Veränderung der Wahlbereiche aus und betonen, dass es mit dieser Änderung gelingt, die Anzahl der Wahlberechtigten in den beiden Wahlbereichen anzugleichen.

Herr Tensfeldt legt dar, dass die Hankhauser Bürger aber auch einige Kandidaten für die Kommunalwahl die Veränderung der Wahlbereiche äußerst kritisch betrachten. Grundsätzlich sollte die Abgrenzung der Wahlbereiche auf längere Zeit Bestand haben, um sowohl die Wahlberechtigten als auch die Kandidaten nicht zu verunsichern.

Beschluss:

Das Gebiet der Gemeinde Rastede wird für die Kommunalwahl 2006 in zwei Wahlbereiche eingeteilt.

Die Abgrenzung der Wahlbereiche wird gegenüber der Kommunalwahl 2001 geringfügig verändert. Das Gebiet der ehemaligen Ziegelei Hankhausen wird dem Wahlbereich Nord zugeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	33
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 6

Erlass einer Verordnung über die Freigabe verkaufsoffener Sonntage nach dem Ladenschlussgesetz

Vorlage: 2006/025A

Sitzungsverlauf:

Frau Fisbeck gibt zu verstehen, dass der Handels- und Gewerbeverein (HGV) auch in diesem Jahr die Chance nutzen sollte, einen verkaufsoffenen Sonntag mit einer Großveranstaltung zu koppeln. Sie appelliert, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um zusätzliche Kaufkraft in die Gemeinde Rastede zu ziehen.

Herr Finkeisen bemerkt, dass die verkaufsoffenen Sonntage sowohl für die Kunden als auch für die Geschäftinhaber gewinnbringend sein sollten. Letztendlich muss der HGV jedoch selbst entscheiden, welche Termine für die verkaufsoffenen Sonntage ausgewählt beziehungsweise beantragt werden.

Herr Kramer begrüßt den Vorschlag des HGV, die verkaufsoffenen Sonntage mit Volksfesten zu kombinieren, die im Ortszentrum stattfinden. Großveranstaltungen auf den Rennplatz ziehen in der Regel die Besucher direkt zum Veranstaltungsgelände, weshalb die Gewerbetreibenden an der Oldenburger Straße nur geringfügig von diesen Events partizipieren können.

Herr Langhorst schließt sich den Ausführungen von Frau Fisbeck an und ergänzt, dass es äußerst bedauerlich ist, dass zu den Musiktagen kein verkaufsoffener Sonntag angeboten wird.

Bürgermeister Decker legt dar, dass gegebenenfalls in der Ratssitzung im Mai noch eine entsprechende Verordnung erlassen werden kann.

Beschluss:

Die Verordnung der Gemeinde Rastede über die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen wird beschlossen.

Der Geltungsbereich wird auf das ganze Gemeindegebiet ausgedehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	2
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 7

**Neues Kommunales Haushaltsrecht; Zeitpunkt der Einführung
Vorlage: 2005/400B**

Sitzungsverlauf:

Herr Finkeisen gibt zu verstehen, dass durch das neue Haushaltsrecht für den Rat noch mehr Möglichkeiten des Mitwirkens und der Kontrolle bestehen.

Bürgermeister Decker ergänzt, dass die Verwaltung dafür Sorge tragen wird, dass die Qualität der Informationen auf hohem Niveau erhalten bleibt.

Herr Langhorst begrüßt das Statement des Bürgermeisters und hegt die Hoffnung, dass mit der notwendigen Investition auch mehr Effizienz erreicht wird.

Herr Kramer erläutert, dass die Vorteile des neuen Systems auf Anhieb nicht zu erkennen sind. Besonders bedauerlich ist es, dass in allen Bundesländern unterschiedliche Regelungen gelten, so dass Vergleiche kaum möglich sind.

Frau Reiners betont, dass die neue Haushaltsführung auch enorme Chancen bietet. So ist beispielsweise gewährleistet, dass jede Maßnahme bis ins kleinste Detail nachvollzogen werden kann.

Auf Nachfrage von Herrn Düser legt Herr Henkel dar, dass die eingesetzte Software kompatibel mit der Software des Landkreises ist, so dass der Datenaustausch gewährleistet ist.

Beschluss:

1. Vorrübergehend weiteres Arbeiten nach kameralistischen Grundsätzen

1.1 Bis zum 31.12.2008 arbeitet die Gemeinde Rastede aufgrund des Gesetzes zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts und zur Änderung gemeindewirtschaftlicher Vorschriften vom 15.11.2005 (Nds. GVBl. S. 342) (folgend: Neuordnungsgesetz) weiterhin nach kameralistischen Grundsätzen. In Ausführung dieses Beschlusses gelten die Regeln des Artikels 6 Absätze 2 und 3 des Neuordnungsgesetzes (siehe Anlage). Entscheidung nach Artikel 6 Abs. 2 Satz 1 des Neuordnungsgesetzes.

2. Vorrübergehende Weitergeltung der Eigenbetriebsverordnung und der Verordnung über die Haushaltswirtschaft kaufmännisch geführter kommunaler Einrichtungen

2.1 Aufgrund Artikel 6 Abs. 4 Satz 2 des Neuordnungsgesetzes bleibt für die Sozialstation Rastede gGmbH § 113 Abs. 1 NGO in der bis zum 31.12.2005 geltenden Fassung bis zum 31.12.09 anwendbar. Entscheidung nach Artikel 6 Abs. 4 Satz 2 Neuordnungsgesetz

2.2 Aufgrund Artikel 6 Abs. 4 Satz 2 des Neuordnungsgesetzes bleibt für die Residenzort Rastede GmbH § 113 Abs. 1 NGO in der bis zum 31.12.2005 geltenden Fassung bis zum 31.12.09 anwendbar. Entscheidung nach Artikel 6 Abs. 4 Satz 2 Neuordnungsgesetz

2.3. Der Bauhof ist im Sinne des § 108 Abs. 3 Ziff. 3 NGO ein Hilfsbetrieb der Gemeinde mit selbständiger Wirtschaftsführung, der ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs der Gemeinde Rastede dient. Für diesen Betrieb bleibt gemäß der Ermächtigung des Artikels 6 Abs. 5 des Neuordnungsgesetzes der § 110 NGO in der bis zum 31.12.2005 geltenden Fassung bis zum 31.12.2009 anwendbar.

3. Konsolidierung

3.1 Die Sozialstation Rastede gGmbH ist im Sinne des § 108 Abs. 1 NGO eine Eigengesellschaft der Gemeinde Rastede. Die Gemeinde ist deshalb gemäß § 100 Abs. 4 Ziff. 3 NGO neue Fassung zur Erstellung eines konsolidierten Gesamtabschlusses verpflichtet. Gemäß der Ermächtigung des Artikels 6 Abs. 7 des Neuordnungsgesetzes wird bis einschließlich dem Haushaltsjahr 2011 ein konsolidierter Gesamtabschluss nicht erstellt.

3.2. Die Residenzort Rastede GmbH ist eine Gesellschaft an der die Gemeinde Rastede im Sinne des § 109 NGO mit mehr als 50 Prozent beteiligt ist. Die Gemeinde ist deshalb gemäß § 100 Abs. 4 Ziff. 4 NGO neue Fassung zur Erstellung eines konsolidierten Gesamtabschlusses verpflichtet. Gemäß der Ermächtigung des Artikels 6 Abs. 7 des Neuordnungsgesetzes wird bis einschließlich dem Haushaltsjahr 2011 ein konsolidierter Gesamtabschluss nicht erstellt.

3.3 Der Bauhof ist eine Einrichtung, deren Wirtschaftsführung nach § 110 NGO selbständig erfolgt. Die Gemeinde ist deshalb gemäß § 100 Abs. 4 Ziff. 1 NGO neue Fassung zur Erstellung eines konsolidierten Gesamtabschlusses verpflichtet. Gemäß der Ermächtigung des Artikels 6 Abs. 7 des Neuordnungsgesetzes wird bis einschließlich dem Haushaltsjahr 2011 ein konsolidierter Gesamtabschluss nicht erstellt.

3.4 Der Diakonisches Werk Hahn-Lehmden e.V. und der Diakonisches Werk Wahnbek e.V. sind voraussichtlich im Sinne § 100 Abs. 4 Ziff. 9 NGO neue Fassung sonstige rechtliche selbständige Aufgabenträger, deren Finanzbedarf aufgrund von Rechtsverpflichtungen wesentlich durch die Gemeinde gesichert wird. Aufgrund dessen ist die Gemeinde zur Erstellung eines konsolidierten Gesamtabschlusses verpflichtet. Vorbehaltlich einer endgültigen Prüfung, ob die Vereine Aufgabenträger im Sinne der Vorschrift sind und ob der Finanzbedarf tatsächlich wesentlich durch die Gemeinde gesichert wird, wird gemäß der Ermächtigung des Artikels 6 Abs. 7 des Neuordnungsgesetzes bis einschließlich dem Haushaltsjahr 2011 ein konsolidierter Gesamtabschluss nicht erstellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 33

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 8

**Haushalt 2005 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben
Vorlage: 2006/012**

Sitzungsverlauf:

Herr Finkeisen bemerkt, dass vor dem Hintergrund des sehr guten Jahresabschlusses die über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe insgesamt rund 1,4 Mio. Euro zu vertreten sind. Aufgrund des positiven Ergebnisses war es auch möglich, zahlreiche Maßnahmen, die ursprünglich erst in 2006 geplant waren, in 2005 zu realisieren.

Herr Krause begrüßt ebenso wie Herr Finkeisen, dass mehrere Projekte vorgezogen werden konnten, gibt aber zu verstehen, dass auch die höheren Energiepreise zu erheblichen Mehrbelastungen geführt haben. Er regt an, sich noch stärker mit dem Thema Energie zu beschäftigen, um mögliche Einsparpotentiale ausnutzen zu können. Im Hinblick auf die Ganztagschule äußert er sein Unmut darüber, dass bislang keine verbindliche Finanzierungszusage seitens der Landesregierung vorliegt, obwohl die Bundesmittel für die anstehenden Maßnahmen bereits vor Monaten zur Verfügung gestellt worden sind.

Bürgermeister Decker gibt zu verstehen, dass die Fördermittel für die Ganztagschule grundsätzlich zur Verfügung gestellt werden. Im Übrigen herrscht Einvernehmen in den Fraktionen darüber, dass die Baumaßnahme entsprechend dem vorgesehenen Zeitplan umgesetzt wird.

Beschluss:

Der Verwaltungsausschuss und der Rat nehmen Kenntnis von den in der Anlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von jeweils ab 5.000,00 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 33
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 9

Darlehensaufnahmen aus der Kreisschulbaukasse

Vorlage: 2006/019

Sitzungsverlauf:

Herr Finkeisen gibt zu verstehen, dass die Kreisschulbaukasse ein so genannter Solidaritätsfonds ist, in den die Gemeinden selbst einbezahlen, um bei Bedarf entsprechende Baumaßnahmen finanzieren zu können. Im Übrigen ist es besonders erfreulich, dass die Gemeinde annähernd 2 Mio. Euro in die Schulen investiert, um für die Schülerinnen und Schüler optimale Lernbedingungen zu schaffen.

Herr Kramer schließt sich den Ausführungen von Herrn Finkeisen an und ergänzt, dass die Schulen auch künftig höchste Priorität genießen müssen.

Beschluss:

Der Aufnahme der nachstehenden Darlehen aus der Kreisschulbaukasse wird zugestimmt:

Maßnahme	Darlehen KSBK
Grundschule Kleibrok - Sanierung Blitzschutzanlage - Einbau Akustikdecke - Sanierungsarbeiten im Verwaltungsbereich	13.700 €
Grundschule Feldbreite - Sanierung Blitzschutzanlage - Einbau Akustikdecken - Sanierungsarbeiten an Haupterteilung Milchausgabe - Erneuerung der Fenster im Obergeschoss mit Sonnenschutz etc.	43.200 €
KGS – Gebäude Feldbreite - Ausstattung naturwissenschaftliche Räume mit Unterrichtsmaterialien	16.700 €
KGS - Sanierung von 2 naturwissenschaftlichen Räumen – Nachbewilligung	26.700 €
KGS - Sanierung von zwei Lehrküchen - Nachbewilligung	10.700 €
Grundschule Hahn-Lehmden - Sanierung Sanitär- und Heizungsbereich - Sanierung Blitzschutzanlage	5.500 €
Schule am Voßbarg - Sanierung Blitzschutzanlage - Neubau Zaunanlage - Neubeschaffung Spielgeräte f. d. Schulhof - Sanierungsarbeiten 2 Klassenräume und Physikraum	5.100 €

Niederschrift

Grundschule Loy - Sanierung Blitzschutzanlage - Sanierung Heizzentrale und Warmwasserversorgung	9.400 €
Grundschule Wahnbek - Sanierung Blitzschutzanlage - Sanierung Heizungsanlage - Einbau von Akustikdecken im Erdgeschoss - Flurbereich - Erneuerung Fußbodenbeläge - 3 Klassenräume	8.400 €
KGS - Teilsanierung Blitzschutzanlage - Sanierung von 5 Klassenräumen - Sanierungsarbeiten am Dach - Sanierung Flachdach im Bereich Lichtkuppeln über den musisch-techn. Bereich - Sanierung Toiletten Erdgeschoss - Sanierung Laborabzüge und Sicherheitsschränke	70.900€
KGS - Sanierung Deckenbeleuchtung	35.700 €
KGS - Einrichtung Ganztagschule	131.000 €
Insgesamt:	377.000 €

Die Darlehen sind zinslos und in 20 Jahren zurückzuzahlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 33
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 10

**Haushalt 2006 - Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan
Vorlage: 2005/186B**

Sitzungsverlauf:

Von Bürgermeister Decker wird die Gesamtsituation unter besonderer Berücksichtigung der Haushaltsthematik aus Sicht der Verwaltung dargestellt (siehe Anlage 1). Hieran schließen sich die Stellungnahmen von Herrn Finkeisen für die CDU-Fraktion, Herrn Kramer für die SPD-Fraktion, Frau Fisbeck für die FDP-Fraktion, Herrn Zörgiebel für die UWG-Fraktion und Herrn Langhorst für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an (siehe Anlagen 2 bis 6).

In der weiteren Aussprache zu den Stellungnahmen der Fraktionen wird von Herrn Tensfeldt ausgeführt, dass der Einsatz von erneuerbaren Energien auch unter dem Kosten-Nutzen-Faktor betrachtet werden muss. Bezüglich des Bahnhofs und der Bahnnebenanlagen gibt er zu verstehen, dass die Gemeinde nicht in eine Anlage investieren kann, die sich im Eigentum einer anderen Institution wie zum Beispiel der Deutschen Bahn befindet. Grundsätzlich sollten diesbezüglich entsprechende Zuständigkeiten eingehalten werden.

Auf Nachfrage von Frau Weber erläutert Bürgermeister Decker, dass bei hinreichender Eignung jedes Jahr zwei Auszubildende im Rathaus eingestellt werden. Allein aus organisatorischen Gründen können darüber hinaus keine weiteren Stellen im Rathaus ausgeschrieben werden. Weitere Ausbildungsstellen hält die Gemeinde Rastede zudem in den Bereichen „Kläranlage“ und Bäder“ vor.

Beschluss:

1. Die Haushaltssatzung der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2006 wird beschlossen.
2. Der Haushaltsplan 2006 wird mit einem festgesetzten Haushaltsvolumen im Verwaltungshaushalt i. H. v. 30.625.400 Euro und im Vermögenshaushalt i. H. v. 10.164.800 Euro beschlossen.
3. Das Investitionsprogramm 2005 bis 2009 wird beschlossen.
4. Der Finanzplan 2005 bis 2009 wird zur Kenntnis genommen.
5. Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2006 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 33
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 11

Bericht des Bürgermeisters

Sachstandsbericht A 22

Im Rahmen einer Informationsveranstaltung über den Sachstand der geplanten Küstenautobahn A 22 in Brake hat die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr noch einmal ausführlich die vier möglichen Trassen der A 22 erläutert. Die Planung befindet sich nach wie vor in einem sehr frühen Stadium, so dass mit einer Entscheidung für oder gegen eine Trasse derzeit noch nicht gerechnet werden kann. Sobald weitere Informationen vorliegen, wird die Verwaltung die politischen Gremien alsbald informieren und in öffentlicher Sitzung die Thematik beraten. Eine offizielle Stellungnahme ist voraussichtlich erst im 3. Quartal 2007 vorzunehmen. Nähere Informationen stehen im Internet unter www.kuestenautobahn.info zur Verfügung.

Herr Langhorst begrüßt, dass im Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen die Thematik öffentlich erörtert und gegebenenfalls eine erste Stellungnahme erarbeitet wird.

Vogelgrippe

Die Vogelgrippe wird in diesem Wochen immer mehr zum globalen Thema. Obwohl in Niedersachsen bislang noch kein Fall von Vogelgrippe aufgetreten ist, haben der Landkreis Ammerland und die kreisangehörigen Gemeinden entsprechende Vorkehrungen zur Tierseuchenbekämpfung getroffen. So wurden mittlerweile die Mitarbeiter des Bauhofes in die Thematik eingewiesen und mit einer vom Veterinäramt zur Verfügung gestellten Schutzkleidung ausgestattet, so dass nunmehr jedem Hinweis aus der Bevölkerung nachgegangen werden kann. Grundsätzlich wird jetzt jeder tote Vogel von den Mitarbeitern des Bauhofes eingesammelt und in einer Tüte verpackt. Am darauf folgenden Tag werden alle toten Tiere zur Technischen Zentrale nach Elmendorf gebracht, wo auch der Austausch der Schutzkleidung und Desinfektion der Fahrzeuge und der Gerätschaften erfolgt. Für die nachfolgende Untersuchung der toten Tiere zeichnet das Veterinäramt verantwortlich. Sollten Fälle von Vogelgrippe im Landkreis Ammerland auftreten ist zu dem vorgesehen, dass die in 2003 hergestellten Desinfektionsstellen für die Maul- und Klauenseuche zum Einsatz kommen, um das Gebiet schnell abriegeln zu können.

Sanierung des Kanals

Im Hauptort Rastede werden derzeit wieder Schmutzwasserkanäle mit dem Inlinerverfahren saniert. Bei diesem Verfahren wird ein mit Harz getränkter Nadelfilzschlauch in eine Rohrleitung eingebracht, aufgestellt und ausgehärtet. Dabei entsteht ein neues Rohr im alten Rohr. Diese Maßnahme ist notwendig, wenn Rohrleitungen undicht sind, Beschädigungen aufweisen oder einwachsende Wurzeln den Betrieb gefährden. Die Gemeinde saniert insgesamt zirka 580 m Rohrleitungen an verschiedenen Punkten in Rastede. Hierzu gehören Haltungen in der Oldenburger Straße, in der Raiffeisenstraße, im Buschweg, in der Kögel-Willms-Straße, am Altenwohnheim und auf dem Rennplatz

Immobilienbrunch in Oldenburg

Die Verwaltung hat am vergangenen Wochenende bereits zum wiederholten Male an einem Immobilienbrunch in Oldenburg teilgenommen, um Grundstücke im Gemeindegebiet zu bewerben. Dabei hat sich einmal mehr gezeigt, dass insbesondere Oldenburger trotz der weggefallenen Eigenheimzulage reges Interesse an einem Grundstück im Residenzort haben. Darüber hinaus lässt sich feststellen, dass bereits reges Interesse an Wohnbaugrundstücken im neuen Baugebiet „Südlich Schlosspark“ herrscht. Dies spiegelt sich auch eindeutig in den Zahlen wieder. Nachdem bereits in 2004 mit 106 verkauften Wohnbaugrundstücken eine Bestmarke aufgestellt werden konnte, ist es in 2005 gelungen, den Wert mit 111 verkauften Bauplätzen noch einmal zu steigern.

Gewerbbestandort

Weiter positiv verläuft derzeit auch die Gewerbeansiedlung. Nachdem erst kürzlich ein örtliches Bauunternehmen eine relativ großes Gewerbegrundstück am Standort „Königstraße“ erworben hat, ist die Verwaltung nunmehr mit weiteren Interessenten im Gespräch. Im Übrigen ist es allein im vergangenen Jahr gelungen, die Zahl der Gewerbebetriebe um 56 von 1523 auf 1579 zu steigern.

Müllabfuhr in den Moorgebieten

Der Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Ammerland hat bei der Gemeinde Rastede nachgefragt, ob weiterhin auf die lastbeschränkten Straßen in den Moorgebieten für die Neuausschreibung der Müllabfuhr Rücksicht genommen werden muss. Bislang führt die Begrenzung der maximal zulässigen Belastung dazu, dass in den Moorgebieten nur eine Sackabfuhr durchgeführt werden kann. Die Verwaltung wird sich zunächst für zwei Jahre auf eine Einführung der Tonnenabfuhr verständigen. Die höchstzulässigen Lasten sollen analog der Begrenzungen der umgebenden Kreisstraßen festgelegt werden.

Herr von Essen begrüßt die vorgesehene Umstellung und bemerkt, dass die Sackabfuhr von zahlreichen Einwohnern als sehr unglücklich empfunden wurde.

Streik im Kindergarten Mühlenstraße

Aufgrund der bisher ergebnislos verlaufenden Tarifverhandlungen wird im Kindergarten Mühlenstraße seit Montag, 20. Februar, gestreikt. Ein Notdienst für Eltern berufstätiger Eltern wird aufrecht erhalten.

Herr Skirde beanstandet, dass die Eltern nicht über die Notdienstregelung benachrichtigt wurden.

Herr Sundermann erläutert, dass die Eltern bereits am Montag mit entsprechenden Aushängen im Kindergarten über den Streik sowie die Notdienstpläne informiert worden sind.

Tagesordnungspunkt 12

Schließung der Sitzung

Der Ratsvorsitzende Herr Steinhausen schließt die öffentliche Sitzung des Rates um 19:06 Uhr.

Einwohnerfragestunde

Seitens der anwesenden Einwohner werden keine Anfragen gestellt beziehungsweise Hinweise gegeben.